

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

№ XXIV/182

Bonn, den 24. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Der Blick zurück</u> Die Unionsparteien und die 70er Jahre	66
3 - 4	<u>Kommt es wirklich auf Kiesinger an?</u> Er scheint seine unsoliden Finanzpolitik in Baden-Württemberg vergessen zu haben	74
5	<u>Verlängerter Arm Ulbrichts</u> Die Rolle der ADF	37
6 - 7	<u>Wahlkampf und Fernsehen</u> Ein notwendiges Wort zum ZDF Von Lothar Schwartz	91
<u>A N H A N G</u>		
1 - 2	<u>Gedenken an Wilhelm Leuschner</u> Am 29. September 1944 wurde er erhängt Von Fritz Säger, MdB	91

Der Blick zurück  
-----

Die Unionsparteien und die 70er Jahre

G.M.-Wir hören: Die CDU/CSU will "sicher in die 70er Jahre", segeln. In ihrem Wahlkampf kommt das Gegenteil zum Ausdruck. Was angeblich nach vorn gerichtet sein soll, sind fauler Schmus, Drohungen und Versprechungen. Die eigentliche Substanz der beiden C-Parteien, die sich seit 20 Jahren mit dem Staat verwechseln, ist der schielende Blick nach hinten, zurück in die 50er Jahre, in denen man mit Konrad Adenauer und dem großen C noch Staat machen konnte.

Wenn Kiesinger und Strauß irgendwo reden, beschwören sie die Vergangenheit herauf. Wenn sie nicht schimpfen auf die Sozialdemokratie, die ihnen "so viel Schwierigkeiten gemacht hat", drücken sie auf die Tränendrüsen, lassen "das alte Mütterchen von drüben" aufkreuzen und leben sich in Erinnerungen an alte Zeiten. Immer wieder wird von Konrad Adenauer geredet, dem Mann, der alles, alles gemacht hat.

Dass die arbeitenden Menschen unseres Volkes schon in den Jahren vor der Währungsreform durch ihren Fleiß die Trümmer der Vergangenheit beseitigt und das Fundament für eine bessere Zukunft geschaffen haben, wird königlich ignoriert. Und daß Konrad Adenauer unser Volk jahrelang mit dem Schlachtruf "Keine Experimente!" daran hinderte, eine fortschrittliche Politik anzusteuern, bleibt im Dunkel.

Was in die Zukunft zeigt bei der CDU/CSU, ist "die gelbe Gefahr", sind "die Chinesen, die immer zahlreicher werden" und angeblich bald das Gesetz des Handelns dieser Welt bestimmen werden. Es fehlt nur noch, daß der Kanzler und sein Strauß-Partner den alten Adenauer-Wahlschläger ertönen lassen: "Die Lage war noch nie so ernst."

Dafür gibt es Pauken und Trompeten. Weil das so schön kummt, wird dann auch noch der Ruf nach "Ordnung" erhoben, begleitet von versteckten und offenen Seitenhieben - möglichst unter die Gürtellinie - auf "jene, die die Verbrecher frei herumlaufen lassen wollen". Ein ehemaliger Justizminister namens Dr. Jaeger bedauert, daß die Todesstrafe abgeschafft wurde und CDU/CSU-Redner der Mittelklasse ergehen sich langatmig über die unverbesserlichen Sowjets, denen man nie und nimmer trauchen dürfe. Heimatvertriebenen und Zonenflüchtlingsen wird ge-

sagt, "die Stunde ist bald gekommen" und Realitäten seien eben doch keine Realitäten, sondern fahrlässige Umschreibungen sozialdemokratischer Politiker, die anstelle der Wahrheit ein Fremdwort setzen...

Schwitzend und mit gewürzter Demagogie der Vergangenheit läßt Franz Josef Strauß von seinen Saalordnern Zwischenrufer aus der Versammlung hinausbefördern, ranzt Polizeibeamte an, wenn sie nach seiner Meinung nicht scharf genug durchgreifen und erklärt seinem staunenden Publikum wider besseren Wissens, die APO und was sich sonst noch daran hängt seien illegitime Kinder der SPD. Da staunt das Volk und fragt sich, wie man denn mit soviel Rabulistik und Verlogenheit "sicher in die 70er Jahre" gehen will.

Schalten wir diese Schilderung ab, fragen wir uns, warum die CDU/CSU ihren solchen Wahlkampf führt.

Die seriös wirkenden Honorationen dieser Partei sind aus dem Tritt geraten, ihnen sitzt die Angst im Nacken. Sie spüren zum erstenmal seit 20 Jahren, daß es eine Wachablösung geben kann. Sie merken, daß ihnen das Volk nicht mehr glaubt, wenn sie so tun, als seien nur sie der Staat. Jetzt suchen sie nach dem "Schuldigen" für die Veränderungen in der politischen Landschaft. Heimlich schimpfen sie neuerdings sogar auf die Kirchen, die ihnen diesmal nicht mit Kanzelverkündungen geholfen haben.

Sie merken, daß es längst nicht mehr genügt, das Bild Konrad Adenauers heraufzubeschwören, oder so zu tun, als könne die Wiedervereinigung mit Kraftmeierei erreicht werden. Nur zu gut wissen sie, daß jenes alte Spiel auf der Harfe der Emotionen nur noch beim Kern ihrer Anhänger verfängt. Aber auch da ist es bröckelig geworden. Junge Menschen wenden sich angewidert ab ob soviel falschen Pathos, lamentierender Rührseligkeit und verzückten Augenaufschlägen mit dem Blick in die Vergangenheit.

Das Wissen um diese Entwicklung bei den mündigen Bürgern unseres Staates ist der tiefere Grund für das hektische Geschimpfe auf politische Gegner, durch das sich der Wahlkampf der CDU/CSU auszeichnet. Es ist gut, daß die Sozialdemokratie selbstsicher und zielbewußt den Kampf für die Guts der Wähler geführt hat; fair, sachlich und ohne Demagogie. Wir sind sicher: Diese Haltung der Sozialdemokratie wird am 28. September gewürdigt werden.

+ + +

Kommt es wirklich auf Kiesinger an?

Er scheint seine unsolide Finanzpolitik in Baden-Württemberg  
vergessen zu haben

- \* "Erhard war schon schlecht als Kanzler, doch Erhard war apo- \*
- \* litisch und von ihm war nichts anderes zu erwarten. Daß aber \*
- \* Kiesinger, ein Mann mit politischem Fingerspitzengefühl, so \*
- \* versagt, ist eine Katastrophe"...
- \* Strauß über Kiesinger - DER SPIEGEL, Nr. 21, 1969 Seite 31.

sp - Von dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik, verwirklicht nach den Vorstellungen des Sozialdemokraten Karl Schiller in rund 30 Monaten, von der finanzpolitischen Solidität im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung, die auf den Vorschlägen des Sozialdemokraten Alex Möller basierte - davon zehrt auch und gerade im Wahlkampf, der Vorsitzende der CDU, Kurt Georg Kiesinger, auf den angeblich alles ankommen soll.

Für die Wiederherstellung stabiler und solider wirtschafts- und finanzpolitischer Verhältnisse im Bund konnte Kiesinger jedoch weder konkrete eigene Vorstellungen einbringen, noch Vorbilder aus dem Land, dessen Regierung er jahrelang vorgestanden hatte. Im Gegenteil: Kiesinger, der Partei und Bundestagsfraktion der Unionspartei, vor allem die bayerische CSU, an den Rhein riefen, trug in den Jahren 1965/66 selbst eine schwere Last herum, die finanzpolitische Hinterlassenschaft der baden-württembergischen Regierung von CDU und FDP! Baden-Württemberg war in jener Zeit das Wirtschaften der kleinen Stuttgarter Koalition nicht weniger bedrückend als das, was Herr Erhard und sein Regierungsbündnis der Großen Koalition in Bonn hinterlassen hatte. Nur gab es einen Unterschied: Von den Fehlern seines Vorgängers Erhard redete 1966/67 Herr Kiesinger ununterbrochen, aber für seine Stuttgarter Hinterlassenschaft hat er niemals mehr ein Wort gefunden... Wenn es so sein soll, daß es - wie die Union jetzt plakatiert - auf den Regierungschef ankommt, dann muß er sich heute daran erinnern lassen, welche schlechte Figur er im Hinblick auf die Finanzen seines Heimatlandes Baden-Württemberg abgegeben hat.

Herr Kiesinger hatte Stuttgart schon einige Monate verlassen, als ihm die Landeszentralbank von Baden-Württemberg, im Jahresbericht 1966 noch ins politische Stammbuch schrieb, seine Regierung habe es versäumt, "Rücklagen zu bilden oder doch wenigstens die vorhandenen Kassenreserven bestehen zu lassen, Fonds, aus denen jetzt - in der Krise - der

Konjunktur eine Stütze geben könnte durch Aufrechterhaltung oder gar Steigerung des Investitionsvolumens." Aber in den Monaten der Krise gab es in diesem an sich sehr stabilen und wohlhabenden Land keine Rücklagen - und die Kassenreserven waren unter des "sparsamen Hausvaters" Kiesinger Führung aufgebraucht. Landeszentralbank und der damalige neue sozialdemokratische Finanzminister bezifferten die Defizite der Landeshaushalte 1964-1966 auf über 600 Millionen Mark, wobei gleichzeitig die Kreditmarktverschuldung von 0,6 auf 1,6 Milliarden angestiegen war. Selbst in dem noch von der Kiesinger-Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf für 1967 stand noch ein Fehlbetrag von 500 Millionen DM, der nur durch kräftige Streichungen der neuen Regierung von CDU und SPD zu beseitigen waren, auch mit unpopulären Maßnahmen. Kiesinger war derweil in Bonn und sagte in seiner Regierungserklärung an die Adresse der alten CDU/FDP-Regierung: "Hätten wir schon rechtzeitig die schlichten Finanzprognosen, wie wir sie heute aufstellen, erarbeitet, wo wäre diese Entwicklung vermieden worden!"

Was Kiesinger allerdings nicht hinzufügte, war, daß eben auch seine eigene Regierung sich - genau wie in Bonn - weder um die Warnungen der Sozialdemokraten gekümmert noch an die Erstellung "schlichter Finanzprognosen" gedacht hatte. Vielmehr war es in Stuttgart so, daß Kiesingers Regierung die unsolide Finanzpolitik noch länger betrieb als die alte Erhard-Koalition. In Bonn fingen Union und FDP schon unmittelbar nach der Bundestagswahl 1965 mit dem Einsammeln eines Teiles der Wahlgeschenke wieder ein. Kiesinger wartete damit bis zum 7. November 1965, denn an diesem Tage wurden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen abgehalten. Erst danach kamen die Hochbotschaften über die Zurückstellung oder Streichung von Mittelzusagen in die Rathäuser und Kreisverwaltungen des Landes.

Für den Fall, daß jemand meinen sollte, die SPD habe sich lange Zeit gelassen, um an das schlechte Wirtschaften Kiesingers in Baden-Württemberg zu erinnern, sei angeführt, daß der SPD-Pressedienst schon am 23. November 1965, also vor Bildung der Großen Koalition, auf diese Tatbestände hingewiesen hat. Kiesinger hat damals in den Koalitionsverhandlungen die harten Bedingungen der Sozialdemokraten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik akzeptiert. Denn in jenen Stunden der Krise gab es kein Ausklammern, sondern nur ein Ja zu den neuen Vorschlägen neuer Männer für eine neue Politik. Und diese Vorschläge haben zum Erfolg geführt. Aber wie gesagt: Eigene Vorstellungen konnte Kiesinger damals weder einbringen noch durchsetzen.

Verlängerter Arm Ulbrichts

Die Rolle der ADF

sp - Die Aktion Demokratischer Fortschritt, eine Vereinigung der verschiedensten politischen Sektierergruppen, in der allerdings die Kommunisten die Richtung bestimmen und den Ton angeben, trägt ihren Namen zu unrecht. Mit der ADF läßt sich kein Fortschritt in der Bundesrepublik erreichen. Ihre Existenz und ihr Wirken hilft den Reaktionären und Konservativen aller Schattierungen, die sich gegen Reformen unserer reformbedürftigen Gesellschaft wehren. Die ADF - und hier folgt sie alten kommunistischen Vorstellungen - sieht in der deutschen Sozialdemokratie ihren Hauptgegner, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Diese Zielrichtung allein bestimmt und kennzeichnet ihren Standort im Parteiengefüge der Bundesrepublik.

Nicht alle ADF-Mitglieder und Anhänger erkennen die Rolle, die ihnen zugeteilt wird. Es gibt unter ihnen Idealisten, Irregeleitete und auch Phantasten. Sie sind unzufrieden mit der Entwicklung in der Bundesrepublik, sie weisen auf offene Wunden in unserer Gesellschaft hin - etwa auf die ungleiche und den Protest herausfordernde Vermögensentwicklung - sie haben ein offenes Ohr für jede Art von Ungerechtigkeiten in der westlichen Welt. Gleichzeitig sind sie aber blind und verschlossen und zu keiner Kritik fähig, was jenseits der Demarkationslinie hinter Mauer und Stacheldraht geschieht.

Da hört ihr Wissen auf. So gibt es keinen Protest gegen die Invasion der Tschechoslowakei durch Truppen von Warschauer Paktstaaten, es gibt auch kein Aufbegehren gegen die von dem SED-Regime verfügten Schikanen auf den Zufahrtswegen von und nach Berlin. Das sind Schikanen, die den sich anbahnenden Dialog zwischen Ost und West belasten. Die ADF nimmt es nicht zur Kenntnis, billigt sie diese Störversuche?

Objektiv gesehen erfüllt die ADF die Funktion eines verlängerten Arms der kommunistischen SED. Hier gibt es keine Unterscheidungskriteriale. In ihrem Repertoire ist kein Vorschlag für die Minderung der innerdeutschen Spaltung enthalten, ihre Tätigkeit steigert eher die Spannungen, statt sie zu verringern. Sie fördert nicht den demokratischen Fortschritt im gespaltenen Deutschland, sie betätigt sich als Werkzeug der Reaktion.

Die Unionsparteien sehen das nicht einmal so ungern. Sie haben hier einen Gefährten, der ihre Geschäfte mit besorgt. Jede für die ADF abgegebene Stimme ist eine für den Fortschritt verlorene Stimme. Sie kommt ihm nicht zugute, sie hemmt ihn.

+ + +

## Wahlkampf und Fernsehen

---

Ein notwendiges Wort zum ZDF

Von Lothar Schwartz

Das geradezu chronisch gestörte Verhältnis der Unionsparteien zur kritischen Publizistik hat in diesem Bundestagswahlkampf beängstigende, teils groteske Ausmaße angenommen. Beängstigend sind die seit der "Panorama"-Sendung vom 11. August 1969 unverhohlen angewandten Methoden der Pression gegenüber Institutionen und Personen, die den grundgesetzlich garantierten Raum der Presse- und Meinungsfreiheit völlig legitim, zum Wohle unserer Demokratie und im Sinne einer informierten und mündigen Gesellschaft nutzen. Grotesk sind die Behauptungen, die Unionsparteien müßten diesen Wahlkampf gegen Funk und Fernsehen führen. Homerisches Gelächter hat in Fachkreisen die CDU/CSU-Fehlleistung ausgelöst, mit der auch die Chefredaktion des Zweiten Deutschen Fernsehens zum Adressaten solcher Vorwürfe gemacht wurde.

Das kann man auf dem Zweiten Deutschen Fernsehen einfach nicht sitzen lassen! Ohne die "Mainzelmänner" über einen Kamm scheren zu wollen, darf ich deshalb zu Ihrer Verteidigung einige Vorgänge skizzieren, die auf den angeblich so "unionsfeindlichen" ZDF-Bildschirmen in den zurückliegenden zehn Wochen Ereignis geworden sind:

1. Am 7. Juli war der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, Gast der Bonner Bundespressekonferenz. Er zog eine "Bilanz der Großen Koalition". Dieses Ereignis bestimmte die Frontseiten der deutschen Tageszeitungen am nächsten Morgen. Die Hauptausgabe von "heute" im ZDF hielt eine aus wenigen Zeilen bestehende Wortmeldung für "angemessen".

2. Am 23. Juli startete das "ZDF-Magazin" seine "Wahlstudie 69". Sie stützte sich bis zum vergangenen Freitag ausschließlich auf die Zusammenarbeit des Allensbacher Instituts für Demoskopie, dessen unvergessener, wider besseres demoskopisches Wissen ein Kopf-an-Kopf-Rennen suggerierender "Trick 65" in führenden Unionskreisen mit augenzwinkernder und schadenfroher Dankbarkeit noch heute anerkannt wird.

Herr Löwenthal, der - nicht zuletzt zu seinem eigenen Ruhme - die plötzlich in die CDU-Zeitungswelt gesetzte Version eines "Panorama"-Falls mit umgekehrten parteipolitischen Vorzeichen sanktioniert hat und dabei in puncto Fairness nicht gerade pingelig war, ist in den von ihm gesuchten Vorgesprächen im Erich-Ollenhauer-Haus zu Bonn diesen Hinweis auf die Rolle von Allensbach schuldig geblieben.

3. In den beiden ersten Nachrichtensendungen des ZDF am 21.9.69 (um 17.30 und 19.45 Uhr) hieß es: "In einer in Bonn veröffentlichten Erklärung kündigte der SPD-Vorsitzende Brandt an, die SPD-Minister würden sich in der Kabinettsitzung am Dienstag für die Forderungen der Arbeit

nehmer im öffentlichen Dienst einsetzen".

Diese unzulässige und von keiner anderen Funk- und Fernsehanstalt und auch von keiner Tageszeitung nachvollzogene Verkürzung einer von den Agenturen korrekt wiedergegebenen Verlautbarung wurde erst auf meinen telefonischen und fernschriftlichen Hinweis auf zwei weitere Kriterien für die SPD-Position in der Tarifffrage des öffentlichen Dienstes in der Spätausgabe von "heute" um 22 Uhr korrigiert. In diesem Falle wurde meine kollegiale Kontaktaufnahme immerhin nicht als "Pression" empfunden. Statt dessen bekam ein "noch junger Redakteur" in der ZDF-Nachrichtenabteilung den Schwarzen Peter. Was ist das eigentlich für eine Anstalt, die sich in der heißesten Zeit der innenpolitischen Auseinandersetzung, in der journalistisches Können und Erfahrung besonders gefragt sind, solche "Erklärungen" für eine eklatante Vernachlässigung der journalistischen Sorgfaltspflicht erlaubt?

4. Das Zweite Deutsche Fernsehen hat - entgegen dem Votum der zuständigen Hauptabteilung Politik und Zeitgeschehen - erstmals, seitdem es Parteiensendungen im Fernsehen gibt, der CDU die Wiederholung eines Wahlspots zugestanden. Die zunächst praktizierte Korrektheit, den von den Fernsehanstalten und den Bundestagsparteien akzeptierten "Schiedsrichter" anzurufen, um die aus einem technischen Fehler abzuleitende Notwendigkeit einer nochmaligen Ausstrahlung eines Parteien-Spots prüfen zu lassen, wurde nicht durchgehalten. Das ZDF hat - ohne die übrigen Partner der Vereinbarung überhaupt zu verständigen, geschweige denn zu konsultieren - der CDU in seinem Programm einen zusätzlichen "Werbestoß" und damit der Union in der letzten Woche vor dem Wahltermin die keiner anderen Partei zugestandene d o p p e l t e Präsenz auf dem Bildschirm ermöglicht!

5. Entgegen dem Buchstaben und Sinne eines bereits am 4. Dezember 1968 protokollierten Agreements haben es beide Fernseh-Netze erneut zugelassen, daß die CSU in ihren Wahlspots die vorher nachdrücklich beanspruchte Rolle der "eigenständigen Partei" aufgibt und die in dieser Rolle erzwungenen Sendezeiten zugunsten einer zusätzlichen Werbewirkung für die CDU mißbraucht.

Über dieses unionsfreundliche Verhalten, dessen sich das ZDF besonders befleißigt, muß endlich einmal Klartext gesprochen werden. Daß dies erst jetzt geschieht, hat einen guten Grund: Die SPD will auch in dieser Frage nicht in die Nähe der zahlreichen Unionspolitiker geraten, die ihre Wahlkampfneurose an der Publizistik und besonders am Fernsehen abreagieren und dabei massive Erpressungs- und Einschüchterungsversuche nicht scheuen. Wenn der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß die "Verhältnisse bei Funk und Fernsehen" als "unerträglich" bezeichnet und daraus die Forderung nach "Schaffung eines privaten Fernsehens" ableitet, dann muß ich dringend Kenntnisnahme und Analyse des CSU-Wahlspots vom Dienstagabend empfehlen. Diese 5-Minuten-Sendung vermittelte nämlich in aller Eindringlichkeit einen Vorgeschmack der Verfälschungen und der hemmungslosen Agitation, für die Strauß und seine Büchsen-spanner vom "Bayern-Kurier" in Zukunft ständig auch einen TV-Kanal mißbrauchen möchten.

Gedenken an Wilhelm Leuschner  
-----

Am 29. September 1944 wurde er erhängt

Von Fritz Sänger, MdB

Die erste Kennzeichnung des Mannes, den ich besuchen sollte, lautete, er sei zuverlässig. Das andere entscheidende Merkmal seines Wesens fand der Besucher selbst: Den Sinn für die Wirklichkeit, für das Praktische, für das, was am nächsten lag und zuerst und dann unaufschiebbar getan werden mußte. Wilhelm Leuschners Leben ist durch diese Eigenschaften bestimmt worden.

Sein Beruf war Holzbildhauer, seine Berufung war die Hilfe bei der Gestaltung der Dinge, die das Leben darstellen. Er war sehr jung, als er Gewerkschaftssekretär in Darmstadt wurde, dann Vorsitzender im Ortskartell des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, und er war erst 44 Jahre alt, als ihn der ADGB zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden nach Berlin holte. Das war 1932. In Bayreuth wurde er 1888 geboren. In Darmstadt hat er die SPD geführt, war Landesvorsitzender der Jungsozialisten in Hessen und nach dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Hessischen Landtages. 1929 wurde er Innenminister des Landes.

Die sachliche Leistung hatte sich durchgesetzt. Die Freunde vertrauten ihm, er war und blieb zuverlässig bis zur letzten Stunde, in der er auf dem Gang zum Schaffott, seinen Freunden durch Zeichen die Einigkeit der Arbeiterbewegung abforderte. Dieser Mann mit solcher Lebensart mußte in die Opposition zum Nationalsozialismus gehen, er konnte diesem Weg nicht ausweichen. Alles an dem Namen dieser Partei sei erlorgen, sagte er einmal: Sie sei weder national noch sozialistisch oder auch nur sozial und keine Partei für die Arbeiter. Die Zerstörung Deutschlands werde das Ergebnis dieses Verbrechens sei. Das wollte er verhindern. Das Gespräch fand 1938 statt. Für seinen festen und mit Umsicht bestätigten Willen, Deutschland zu retten, wurde er erhängt. Das Verbrechen wurde am 29. September 1944 verübt. Er war im Zusammenhang mit der Aktion vom 20. Juli verhaftet worden.

Das war nicht zum ersten Male geschehen, daß ihm die Gestapo griff. Als die Gewerkschaften 1933 in Berlin überfallen wurden, kam er nach Flotzensee, ins Gefängnis. Dann geschah eine der ungezählten Infamien der Nazis: Robert Ley, Führer der "Arbeitsfront", wollte auf einer Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes, einer Institution des Völkerbundes, der Welt vortäuschen, daß die bekannten deutschen Arbeitervertreter zu ihm gehörten. Leuschner wurde aus dem Gefängnis geholt und nach Genf mitgenommen. Dort aber schwieg er. Auf der ersten Grenzstation in Deutschland wurde er auf der Rückreise verhaftet und ins Konzentrationslager nach Lichtenburg gebracht. Als er nach Jahren frei war, sammelte er in einer kleinen Fabrik, die er führte, die Gesinnungsfreunde. Man stellte zwar Bierflaschenverschlusse her, aber man hielt Kontakte und baute sie aus. In den dürren Darstellungen des deutschen Widerstandes, wie er

in jenen Jahren in ungezählten Gruppen von vielfach unbekanntem und unbekannt gebliebenen Menschen geleistet wurde, taucht Leuschners Name an verschiedenen Stellen auf, auch dort, wo man ihn nicht vermutet hätte. Er war mit Generaloberst Beck in Verbindung und mit dem früheren Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Goerdeler, Julius Leber, Hermann Maaß, Theodor Haubach, Adolf Reichwein, Carlo Mierendorff und viele andere gehörten zum vertrauten Kreise. Es ist verbreitet und wird wiederholt, aber es ist nicht wahr, daß die am deutlichsten sichtbar gewordene Gruppe des Widerstandes, die mit den Namen Goerdeler und Leuschner bezeichnet wird, ohne ein Konzept gewesen sei. Man war sich über die Notwendigkeit einig, den Hitler-Terror zu brechen und einen Staat zu errichten, in dem Gesetz und Recht unbedingte Gültigkeit bekommen sollten. Über das Wie bestanden freilich auf vielen Gebieten erhebliche Unterschiede zwischen den Gruppen der Konservativen (und auch unter ihnen selbst) und der von Leuschner und Leber geführten Gewerkschaftsgruppe. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die einen wollten sofort nach gelungener Aktion (über deren Ziel und Art nie ein Wort fiel) eine offizielle Regierungszeitung errichten, die anderen bestanden auf uneingeschränkter Freiheit aller Zeitungen, ausgenommen allein die nationalsozialistischen, die aber von selbst in den Mauselöchern verschwinden würden. Auf sozialem Gebiet hatte Leuschner mit seinen Freunden ein exaktes Programm entwickelt - aber nicht aufgeschrieben. Wer durfte das schon riskieren! Die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Unabhängigkeit der Verbände und Gewerkschaften, der Kammer und freien Berufsvertretungen waren selbstverständliche Ziele, die sofort erreicht werden sollten. Eine von staatlicher Aufsicht wieder befreite Nachrichteninstitution sollte das "Deutsche Nachrichtenbüro" noch in der ersten Stunde ablösen, um die Verbindung zur Welt herzustellen und hinüber und herüber Nachrichten zu erhalten und zu geben.

Leuschners Sinn für die nächsten Schritte wurde gelenkt von einem unbestechlich sachlichen Urteil, das manchen, dem die Leidenschaft des Protestes erregte, ungeduldig werden ließ. Wie kann es kommen? Er wollte auf diese Frage eine nüchterne Antwort haben und wollte das Schlimmste verhüten. Er ahnte, was Joseph Goebbels dann in seinen letzten Stunden in sein Tagebuch so geschrieben hat:

- " Sollte uns der Sprung in die große Macht nicht gelingen, dann
- \* wollen wir wenigstens unseren Nachfolgern eine Erbschaft hinter-
- \* lassen, an der sie selbst zugrundegehen sollen. Das Unglück muß
- \* so ungeheuerlich sein, daß die Verzweiflung, der Wehruf und der Not-
- \* schrei der Massen trotz aller Hinweise auf uns als Schuldige sich
- \* gegen jene richten muß, die sich berufen fühlen, aus dem Chaos
- \* ein neues Deutschland aufzubauen. Und das ist meine letzte Be-
- \* rechnung."

Wilhelm Leuschner und viele, die mit ihm waren, haben ihr Leben dafür hingeben müssen, daß sie die totale Vernichtung Deutschlands verhindern wollten. Wer seiner und dieser Männer gedenkt, der vergesse nicht, gegen welche Teufel sie gestanden und für welchen Glauben sie gestorben sind.